



Haushalts- und Finanzausschuss

74. Sitzung (öffentlich) (Sondersitzung zu TOP 2)

2. Juni 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:25 Uhr bis 17:40 Uhr

Vorsitz: Christian Möbius (CDU)

Protokoll: Thilo Rörtgen, Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Eckpunkte für eine Reform des Länderfinanzausgleichs und der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen 3

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1911

APr 16/274 (öffentliche Anhörung vom 13.06.2013)

APr 16/521 (Auswertung im HFA vom 13.04.2014)

In Verbindung mit:

Bund-Länder-Finanzbeziehungen transparent und fair weiterentwickeln!

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/8103

Und:

**Politik muss Wort halten und den Solidaritätszuschlag abschaffen –
Bürger und Unternehmen haben eine steuerliche Entlastung verdient**

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/8202
(vgl. Vorlage 16/2898)

– Abschließende Beratung und Abstimmungen, Änderungsantrag avisiert

Mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Stimmenthaltung der Piraten **stimmt** der Ausschuss dem **Änderungsantrag Drucksache 16/8822 zu.**

Mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Stimmenthaltung der Piraten **stimmt** der Ausschuss dem so geänderten **Antrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/8103 zu.**

Mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von FDP und Piraten bei Stimmenthaltung der CDU **lehnt** der Ausschuss den **Entschließungsantrag** der FDP **Drucksache 16/8202 ab.**

2 Finanzierung des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen**15**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2897

– Aussprache

* * *

2 Finanzierung des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2897

(Wortprotokoll auf Wunsch von Dr. Marcus Optendrenk [CDU])

Vorsitzender Christian Möbius: Dieser Tagesordnungspunkt wurde als Sondersitzung durch Mitglieder der CDU-Fraktion beantragt. Der Bericht der Landesregierung zur Finanzierung des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen in Vorlage 16/2897 hatte uns zur Sitzung am 7. Mai 2015 erst kurzfristig erreicht, sodass wir den Tagesordnungspunkt abgesetzt haben. Bereits in der Sitzung am 7. Mai 2015 war seitens der CDU die Beantragung einer Sondersitzung in Aussicht gestellt worden. Entsprechend rufen wir diesen Tagesordnungspunkt hier auf.

Gibt es Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? – Herr Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Vorsitzender, Sie haben richtig dargestellt, warum wir uns heute hier zusammenfinden. Es ist in der Tat so, dass jetzt die Möglichkeit besteht, etwas intensiver die umfangreiche Vorlage durchzuarbeiten. Ich darf mich zunächst dafür bedanken, dass in der Ausführlichkeit Material in den Anhängen mitgeliefert worden ist. Das wird bei einer weiteren Auswertung sehr nützlich sein.

Inhaltlich möchte ich direkt sagen, dass wir uns des Eindrucks nicht erwehren können, dass die Regierung durch eine leicht gefilterte Art und Weise der Beantwortung versucht, die Legende aufrechtzuerhalten, dass die Strukturwandelprobleme von Kohle und Stahl tatsächlich oder vermeintlich weiterhin die Grundlage und die Ursache wirtschaftlicher und haushalterischer Probleme in Nordrhein-Westfalen seien. Die Ministerpräsidentin hat mehrfach – auch im Plenum – behauptet, Nordrhein-Westfalen habe seinen Strukturwandel selbst bezahlt.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Können Sie korrekt zitieren?)

– Ich habe nicht zitiert, sondern dargestellt, was sie gesagt hat. Wenn Sie ein Zitat wünschen, dann sollten Sie vielleicht ins Plenarprotokoll schauen.

Diese Bemerkung wird allerdings auch in dieser Vorlage – insofern passt das, Herr Kollege Zimkeit, zusammen – wiederholt. Es wird zusätzlich behauptet, dass es keine Sonderprogramme für Nordrhein-Westfalen gegeben hat. Das ist allerdings nicht die ganze Wahrheit.

Es wird niemand in Abrede stellen – das ist in der Vorlage auch dargestellt –, dass beispielsweise die Steinkohleförderung insgesamt eine staatliche Gemeinschaftsaufgabe war. Das diente allerdings, so wie sie stattgefunden hat und aufgrund der rein faktischen Gegebenheiten, ganz wesentlich der wirtschaftlichen Unterstützung und der Unterstützung des Arbeitsmarktes in Nordrhein-Westfalen und damit auch direkt dem Land. Das heißt, bei rein formaler Betrachtung kann man die Antworten so geben, wie der Finanzminister das gemacht hat. Bei inhaltlich zutreffender Betrachtung, bei einer nach Sinn und Zweck des ganzen gerichteten, spielt es allerdings keine

Rolle, ob die Mittel, insbesondere auch das Bundesgeld, auch in andere Länder geflossen ist, wie groß der Anteil Nordrhein-Westfalens war unter 100 %, und es spielt auch keine Rolle, ob eine Kofinanzierung des Landes erforderlich war. Es spielt eine wesentliche Rolle, ob es nützlich für Nordrhein-Westfalen, nützlich für seine Wirtschaft, für die Arbeitsplätze und für die Menschen war. Dass es über den Landeshaushalt formal laufen müsste, ist nun auch nicht unbedingt zwingend, wenn man die Frage beantwortet: Hat Nordrhein-Westfalen seinen Strukturwandel alleine bezahlt?

So werden zum Beispiel Kohlepfennig und Jahrhundertvertrag in der Vorlage erst gar nicht erwähnt. Die einzelnen Bundesländer haben davon in unterschiedlichem Umfang profitiert. Nach unseren Recherchen haben die bayerischen Verbraucher von 1976 bis 1987 rund 2,2 Milliarden DM in den Verstromungsfonds eingezahlt, also mehr eingezahlt, als damals der bayerischen Elektrizitätswirtschaft an Zuschüssen zuzuging. Dagegen hatte Nordrhein-Westfalen im gleichen Zeitraum ein Positivsaldo von mehr als 4,8 Milliarden DM. Wenn man sich das noch ein bisschen weiter anschaut, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass eine ganze Reihe von Mitteln, die der Bundeshaushalt in dieser Zeit zur Verfügung gestellt hat, sehr direkt dazu beigetragen hat – etwa über Kokskohlebeihilfe, Steinkohlenbevorratung, Investitionshilfe, Altlastendeckung, Stilllegungshilfen, Sozialmaßnahmen, gezielte unternehmensspezifische Maßnahmen und Hilfen, Kohleforschung und -veredlung –, dass etwa von 1970 bis 1989 insgesamt rund 31,8 Milliarden DM an Bundesmitteln dafür zur Verfügung gestellt worden sind, mit Wirkung in Nordrhein-Westfalen.

Dann ist es sicherlich auch ein durchaus bemerkenswerter Vorgang, wenn im Nachgang zu einer Ruhrgebietskonferenz 1988 im Jahre 1989 die damaligen Ministerpräsidenten Johannes Rau und Oskar Lafontaine zum damaligen Bundeskanzler gefahren sind und vom Bund weitere Sonderprogramme für ihre Länder gefordert haben.

Im Rahmen einer Bonner Kohlerunde einigte man sich dann bis 1995 auf eine jährliche Verstromungsmenge. Und zwei bisher mit dem Kohlepfennig finanzierte Sonderhilfen übernahm der Bund zu zwei Dritteln und die betroffenen Länder zu einem Drittel. Beide Ministerpräsidenten haben das anschließend als Erfolg für ihr Land – im Grund genommen durch den Bund finanziert – und zum Nutzen der Wirtschaft des Landes gefeiert.

Ich will es an der Stelle bei diesen Darstellungen belassen. Es wird deutlich, dass, wenn man sich das Gesamtszenario anschaut – egal, wie Sie das werten wollen –, jedenfalls die Aussage in der Vorlage des Finanzministers nicht vollständig und damit auch nicht richtig ist, dass das Land Nordrhein-Westfalen seinen Strukturwandel habe alleine bezahlen müssen.

Herr Minister, deshalb bitte ich Sie heute um eine ergänzende Stellungnahme dazu. Es ist unbestritten, dass wir bestimmte Aufgaben in besonderer Weise gehabt haben. Aber es gehört auch zur Bestandsaufnahme, die wir auch gegenüber allen anderen Bundesländern in der Interessenwahrnehmung nach außen klar formulieren müssen, dass wir nicht so tun, als hätten uns die anderen – insbesondere die Solidargemeinschaft des Bundes – in der Vergangenheit im Stich gelassen. Das gehört wirklich auch dazu, dass wir geschlossen nach außen auftreten können.

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM): Herr Optendrenk, es hat schon etwas mit dem zu tun, was wir eben besprochen haben. Es hat natürlich damit zu tun, wie man in einer solchen Frage gemeinsam nach außen auftritt. Sie wissen ganz genau, dass Sie jetzt eine Reihe von Dingen durcheinandergebracht haben. Sie wissen, dass, was den Kohlepfennig und die Verstromung angeht, es eine in der damaligen Bundesrepublik gemeinsam für notwendig gehaltene Aufgabe gewesen ist, zu sagen: Wir wollen den Energieträger Kohle halten, und deswegen wahrt man die Struktur. Man baut sie nicht um, sondern man sorgt dafür, dass sie nicht wegbricht. Das war eine wichtige Unterstützung – das ist überhaupt keine Frage –, aber es hat nichts damit zu tun gehabt, dass der trotzdem vereinbarte Gleitflug, der eingeleitet worden ist und der schneller ging als in vielen anderen Bereichen, in denen subventioniert worden ist, nicht zu Brüchen geführt hat, sondern dass man gesagt hat: Wir wollen die Kohle erhalten.

Dann müssen wir auch wieder darüber reden: Was passiert in anderen Ländern mit den Agrarhilfen? Was passiert mit all den Hilfen, die wiederum aus gemeinsamem Interesse bundesweit in manchen Ländern stärker zu Buche schlagen, die aber da natürlich nicht etwa für einen Strukturwandel eingesetzt werden, sondern dafür, dass die Struktur, die man hat, weil man sie auch sichern will, erst einmal ein Stück erhalten wird. Das ist Punkt 1.

Punkt 2 ist: Dass es ansonsten einzelne Programme gegeben hat, ist nie bestritten worden. Aber es geht hier wirklich in dem Zusammenhang wieder um das Thema, das wir eben hatten, nämlich um die Umverteilung der Finanzkraft, bei der seit 1990 die ostdeutschen Länder für den Nachholbedarf, den sie haben, über die üblichen Förderprogramme hinaus Mittel umverteilt bekommen haben. Diese Form des Strukturwandels hat Nordrhein-Westfalen alleine getragen.

Das gilt auch, wenn Sie sich heute angucken, was in Nordrhein-Westfalen, insbesondere im Ruhrgebiet, aber auch in anderen Städten, passiert ist. Da ist passiert, dass der wirtschaftliche Wandel weit vorangekommen ist, dass man gleichzeitig aber sehen kann, dass es zum Beispiel eine ganze Reihe von sozialstrukturellen Folgeerscheinungen gibt, die sich eigentlich dadurch ergeben, dass man nicht aufgebaut hat wie in Bayern, sondern umgebaut hat. Das heißt, Sie haben Menschen, die früher auf eine bestimmte Struktur gepasst haben. Das hat sich geändert. Diese Menschen sind nicht mitgegangen. Sie konnten nicht mitgehen, oft auch in der nächsten und übernächsten Generation nicht. Das sind alles Folgewirkungen. Für die gibt es keine grundsätzlichen Bundesmittel, die einfach in Millionen- oder Milliardenhöhe vom Bund zugeschoben werden, sondern da muss das Land selber mit auskommen. Deswegen hat es für diesen Umbau auch eine Menge an Lasten gegeben, die in Kreditaufnahme gemündet ist.

Von daher bleibe ich bei der Darstellung, unabhängig von einzelnen Programmen, dass der Strukturwandel mit seinen Folgen alleine auf den Schultern des Landes Nordrhein-Westfalen liegt, in einer ganz anderen Weise als anderswo, wo die Solidargemeinschaft gesagt hat: Hier gibt es beispielsweise einen Soli; der wird bezahlt. Sonst können wir uns irgendwann auch darüber streiten, ob der Anteil von 42,5 % an der Einkommensteuer nicht auch ein Zuschuss für Nordrhein-Westfalen ist so wie für

alle anderen Länder auch, weil es der Bund nicht selber vereinnahmt. Das kann also nicht die Grundlage sein.

Hier ist noch einmal dargestellt: Ja, es gibt eine Menge von Programmen, aber der große Strukturwandel, der in Ostdeutschland zu Recht mit Milliardenbeträgen aus der Solidargemeinschaft getragen wird und zu enormen Fortschritten geführt hat, musste in vielen Bereichen in diesem Land und auch in anderen Ländern im Westen anders bewältigt werden.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Ich würde gerne noch einmal zum besseren Verständnis nachfragen. Sie beziehen also die Aussage „Wir haben im Gegensatz zu anderen den Strukturwandel alleine bezahlt“ auf den Zeitraum ab 1990 und bezogen auf die Ostländer?

(Minister Dr. Norbert Walter-Borjans [FM]: Nein, die konnten nicht vor 1990 unterstützt werden!)

– Sie beschränken es tatsächlich auf die ostdeutschen Länder und auf den Zeitraum ab 1990 im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen und dem Strukturwandel, der hier erfolgt oder nicht erfolgt ist.

Das ist natürlich ein Stück weit eine andere Argumentation, als wenn Sie sagen: andere Länder nur bezogen auf den Osten oder auch auf andere Beispiele westdeutscher Bundesländer. Ich hatte das in der Vergangenheit so verstanden.

Kollege Zimkeit, ich habe mir übrigens gerade aus dem Plenarprotokoll heraussuchen lassen, was die Ministerpräsidentin am 17. Dezember dazu gesagt hat. Im Plenarprotokoll steht wörtlich – Zitat –:

„Ja, wir haben unseren Strukturwandel selbst finanziert.“

Darauf beziehe ich mich auch. Und dann ist es in der Tat so, dass man das nicht einfach so reduzieren kann, dass man eine rein formale Betrachtung anstellt, wie sie hier in dieser Vorlage ist und wie sie der Minister jetzt wieder angestellt hat.

Wenn wir die Frage stellen, ob wir unseren Strukturwandel selbst bezahlt haben, dann müssen wir schon fragen: War das denn überhaupt Strukturwandel? Da ist der nächste Punkt, an dem wir hier ansetzen müssen. Sie haben in der Vorlage auf Seite 2 die Auffassung vertreten, dass es sich bei den Steinkohlebeihilfen um strukturkonservierende Ausgaben gehandelt habe. Zu der Auffassung kann man ja kommen. Wenn das aber richtig ist, dann sind die Aufwendungen, die auch aus dem Landeshaushalt als Eigenanteil des Landes geflossen sind, keine Ausgaben für den Strukturwandel, den man finanziert hätte, sondern für die Strukturhaltung, um Brüche zu vermeiden. Das kann man durchaus für richtig halten, wie Sie es eben dargestellt haben. Dann ist es aber kein Strukturwandel.

Strukturwandel hat beispielsweise in Ostwestfalen, Münsterland und am Niederrhein in den 70er/80er-Jahren in der Textilindustrie stattgefunden, und zwar ohne dass ein Cent aus dem Bundes- oder Landeshaushalt dahingeflossen ist. Da hat man sich damit begnügt, dass 70 % des Landesgebietes irgendwann einmal regionale Strukturförderfläche waren und dass man da einzelne Bezuschussungen bekommen

konnte. Die bezogen sich aber nicht auf die Industriearbeitsplätze und deren Strukturwandel, sondern da sind Strukturen ersatzlos weggefallen, weil sie nicht mehr marktfähig waren. Da hat man im Grunde nichts für Strukturkonservierung getan, weder aus dem Landes- noch aus dem Bundeshaushalt. Insofern stellt sich die Frage, was Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen überhaupt ausgelöst hat und wer den wie begleitet hat.

Herr Minister, insofern ist das eine Diskussion, die nicht akademischer Art ist, sondern es stellt sich die Frage, wo wir denn heute stehen und warum wir da stehen, wo wir stehen. Wenn es strukturkonservierend war, hat es nicht den Strukturwandel befördert. War es Strukturwandel, müssen Sie mir sagen, was der Strukturwandel ist, der wirklich stattgefunden hat, und wie Sie den finanziert haben. Nach meinem Verständnis müssten Sie dann hier eine andere Vorlage machen. Dann müssen Sie nämlich sagen: Wir haben das und das und das finanziert für Strukturwandel, und das und das haben wir finanziert als Kofinanzierung etwa für Strukturhaltung. Aber das ist im Grunde genommen die Legende, die hier seit Jahrzehnten gestrickt wird, wir seien noch mitten in einem Strukturwandel, aber Sie sagen nicht, in welchem.

Die Stahlindustrie hat jetzt den Strukturwandelprozess mit vielen Brüchen hinter sich. Sie haben zyklische Dinge, die da jetzt eine Rolle spielen. Die Kohle wird demnächst nicht mehr in Nordrhein-Westfalen gefördert werden. Sie müssen dann wirklich einmal präzise beschreiben – das ist in der Vorlage in der Tat nicht enthalten –, welche Formen von Strukturwandel oder Strukturkonservierung denn gemeint sind, wenn Sie sagen, dass wir unseren Strukturwandel alleine finanziert haben. Die Aufgabe steht noch vor uns.

Damit man das für eine der nächsten Sitzungen und für weitere Beratungen in der Zukunft nacharbeiten kann, erbitte ich zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM): Bei allem Verständnis: Das ist eine absolut akademische Diskussion, die wirklich keine Frage der politischen Auseinandersetzung ist. Sie wissen ganz genau: Kein Bereich in Nordrhein-Westfalen hat einen solchen Wandel vollzogen wie etwa der Bereich der Montanindustrie, also nicht bloß Stahl, sondern auch Kohle. Trotzdem sind die Hilfen gewährt worden, um zunächst einmal Strukturen nicht nur zu erhalten, sondern es ging schlicht und ergreifend darum, dass man die Versorgungssicherheit erhalten wollte. Alle Teile der Bundesrepublik hatten ein hohes Interesse daran, dass weiter Kohle gefördert und Strom produziert wurde. Man hat gesagt: Das wollen wir langsam herunterfahren. Damit ist dann ja auch Strukturwandel vollzogen worden. Wo liegt denn die Grenze zwischen Erhaltung und Wandel, wenn Sie einen Bereich wie die Steinkohle, bei der in den 60er-Jahren über 500.000 Menschen unter Tage gearbeitet haben, auf eine Größe zurückführen, wie er heute ist und 2018 verschwunden sein wird? Das, finde ich, ist jetzt wirklich bei dieser Auseinandersetzung ziemlich akademisch.

Tatsache ist: Strukturwandel ist mit Sicherheit nicht zu Ende. Strukturwandel ist eine dauerhafte Geschichte. Die wird auch weiter laufen. Die wird auch in Bereichen laufen, bei denen man sich das jetzt noch gar nicht vorstellen kann. Wenn ich anfangs,

zu sagen, es liege im nationalen Interesse, bestimmte Branchen nicht kaputtgehen zu lassen, dann müssten Sie die Bankenunterstützung heute als Strukturhilfe für Hessen darstellen. Das finde ich, ehrlich gesagt, ein bisschen seltsam. Das hatte andere Motive. Das kann man nun wirklich nicht der schwarz-grünen Landesregierung von Hessen vorwerfen, dass sie da mit Mitteln unterstützt worden ist, wo sie sich jetzt nicht mehr beschweren darf, wenn es um Länderfinanzausgleich geht.

Das sind Punkte, wo ich noch einmal sage: Nicht nur Nordrhein-Westfalen, sondern auch die Werften habe eine Unterstützung bekommen, damit der Bruch nicht zu abrupt ist, und trotzdem ist er extrem abrupt gewesen. Trotzdem haben weder die Werftenstandorte noch Bayern mit seiner Maxhütte noch Nordrhein-Westfalen noch andere in einer solchen Weise so pauschal Haushaltsunterstützung und Haushaltsausgleich bezahlt bekommen, wie das seit 1990 – bei uns war es vorher – in Ostdeutschland der Fall ist, und zwar sogar mit vielen Begründungen, warum man das so gemacht hat.

Jetzt ist aber die Frage, ob man nicht vor diesem Hintergrund das ganze System neu justieren muss. Da sind jedenfalls mehrheitlich die Länder schon der Auffassung, dass man das tun muss. Es gibt einige, die möchten das so fortsetzen. Jetzt stellt sich eben die Frage, ob das nicht ein Argument ist, dass man in der Vergangenheit von dem, was heute anderen bezahlt wird, den überwiegenden Teil, den ganzen Teil – worauf auch immer man das bezieht – selber tragen müssen und damit natürlich auch eine Altschuldensituation entstanden ist, die in Ostdeutschland nicht entsteht. Die Sachsen können sagen: Wir sind dagegen, dass Altschulden etwa beim Soli oder wo auch immer mit einbezogen werden. Warum? – Weil wir alle geholfen haben, zu verhindern, dass sie welche haben. Diese Hilfe hat es für uns, für das Saarland, für Bremen, für Niedersachsen, für andere eben nicht gegeben.

Stefan Zimkeit (SPD): Ich habe das Gefühl, die Debatte ist akademisch, aber leider nicht überall – entschuldigen Sie, Herr Optendrenk – auf akademischem Niveau. Denn, so wie Sie vom Strukturwandel reden, zeigt das, dass Sie weite und wichtige Teile dieses Landes, die sich immer noch massiv im Strukturwandel befinden – und da nenne ich insbesondere das Ruhrgebiet, aber auch das Bergische Land –, nicht kennen und auch die Verhältnisse dort nicht kennen.

(Zuruf von Hendrik Schmitz [CDU])

– Ich habe nichts gegen Zwischenrufe. Ich hoffe, Sie stören sich demnächst dann auch nicht an Zwischenrufen. – Dies zeigt einfach, dass die CDU – und da gibt es ja viele Beispiele – diese Entwicklungen schlicht und einfach nicht kennt.

Frau Thoben hat ja einmal behauptet, der Strukturwandel in diesem Land sei beendet. – Er ist nicht beendet, er ist auch weiterhin notwendig. Aber er hat auch massiv stattgefunden. Wenn Sie zum einen sagen – und deswegen bedanke ich mich sehr für das Wortprotokoll –, dass das Land nicht mehr unter den Folgen von Kohle und Stahl leidet, dann gehen Sie mal ins Ruhrgebiet und sagen das den Menschen da! Die leiden immer noch unter dem Zusammenbruch von Kohle und Stahl, und die wirtschaftliche Entwicklung hängt noch davon ab.

Trotzdem ist im Ruhrgebiet – und deswegen ist es richtig, dass es einen erfolgreichen Strukturwandel gegeben hat – eine Menge getan und eine Menge entwickelt worden. Das Ruhrgebiet ist jetzt unter anderem eine Tourismushochburg im Land. Wir haben auch in anderen Bereichen eine entsprechende wirtschaftliche Entwicklung, bei der das Land auch tätig war.

Insofern kann ich Ihnen nicht folgen, weil ich überhaupt nicht weiß, in welche Richtung Sie damit wollen. Wenn ich es richtig verstanden habe, war ja Ihre ursprüngliche Intention, hier zu sagen: Die Ministerpräsidentin hat irgendetwas gesagt, was nicht stimmt. – Davon haben Sie sich ja gerade mit dem Satz, das sei formal so, aber tatsächlich könne man es nicht sehen, im Kern schon verabschiedet. Deswegen weiß ich im Moment nicht, wie uns diese Debatte in irgendeiner Weise vorwärtsbringt, um daraus ableiten zu wollen: Wir haben uns ja gerade in einem gemeinsamen Antrag darauf geeinigt, dass es notwendig ist, die Finanzausstattung des Landes auch bei der Änderung des Finanzausgleichs zu ändern. – Insofern kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, in welche Richtung Sie jetzt mit Ihren Behauptungen wollen.

Ein letztes Beispiel, weil Sie ja sagen, man müsse festlegen, was strukturerhaltend und was strukturverändernd gewesen sei: Wenn Sie von der CDU sich im Ruhrgebiet auskennen würden, wüssten Sie das. Die Kohlesubventionen haben auch dazu geführt, dass dort im Bergbaubereich eine Hochtechnologie entwickelt worden ist, die auch in vielen anderen Bereichen nutzbar war. Das waren zum einen Erhaltungssubventionen für die Kohle, eine ganze Zeit lang, aber natürlich waren es gleichzeitig auch Dinge, die den Strukturwandel vorangetrieben haben, weil es eine technologische Entwicklung war. Da jetzt den einen Euro hierhin und den einen Euro dorthin zu berechnen, ist aus meiner Sicht schlicht und einfach absurd. Ich kann deswegen die Intention dieser Debatte nicht nachvollziehen.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Ich kann ja verstehen, dass jetzt der Versuch gemacht wird, das alles zu bagatellisieren. Es geht aber im Kern, Herr Kollege Zimkeit, nicht darum, was wir jetzt im Außenverhältnis gemeinsam vertreten, sondern die entscheidende Frage hier ist, was eigentlich in der Vergangenheit passiert ist und was wir für die Zukunft tun müssen. Insofern ist das ein Stück weit ein anderes Thema.

Die Wahrheit ist aber auch: Wenn wir behaupten, der Strukturwandel sei alleine von Nordrhein-Westfalen bezahlt worden, dann werden uns die anderen die Beispiele, die ja nicht geheim sind, sondern öffentlich zugänglich sind, auch vorhalten. Insofern gehört bei dem, was wir für Aufgaben bekommen haben und die wir wahrgenommen haben, auch ein Stück Transparenz dazu. Das gilt zum Beispiel auch da, wo wir für Aufgaben mehr Geld bekommen haben, als im gesamtstaatlichen Interesse lag.

Deshalb ist die Frage, ob es uns nach außen hilft, wenn wir mit der Legende weiterlaufen, die hier seit den 80er-Jahren gestrickt und immer wieder vorgetragen wird, wir seien noch mitten im Strukturwandel, wenn keiner beschreiben kann, wie der stattfindet, ob jemand den mit gestaltet, ob das Geld nur in Erhaltung oder in aktive Veränderungsprozesse fließt. Jetzt gebe ich Ihnen zu: Wenn Sie zum Beispiel Phoenix in Dortmund sehen, dann wird das als ein aktiver Veränderungsprozess des Landes zu werten sein. Keine Frage. Aber wenn das denn mal überall so gewesen wäre!

Ich glaube nicht, dass die Städte im Bergischen Städtedreieck eine Idee davon haben, dass das Land in den vergangenen Jahrzehnten irgendetwas dazu getan hätte, um aktive Impulse für Strukturwandel zu geben. Ich glaube, da werden Sie ziemlich leer ausgehen.

Das heißt, die Frage ist nicht, ob wir strukturelle Probleme haben – die haben wir in dem gemeinsamen Antrag eben beschrieben –, sondern, ob irgendjemand seitens der Landespolitik etwas dagegen getan hat oder ob man nur Geld verteilt hat und anschließend Schulden hat. Das ist genau der Punkt, Herr Minister: Wir haben 140 Milliarden € Gesamtverschuldung. Ist diese Verschuldung eingesetzt worden, um etwas Sinnvolles zu tun? Oder bezahlen unsere Kinder und Enkelkinder heute, morgen und übermorgen noch dafür, dass etwas getan worden ist, was im Grunde genommen der Strukturverfestigung und nicht der Strukturveränderung und der Zukunftsgestaltung gedient hat?

Daraus könnten wir sehr wohl für die heutige und morgige Politik lernen. Wenn wir nämlich zu dem ehrlichen Ergebnis kämen, dass die Politik in der Vergangenheit bestimmte Dinge nicht geleistet hat, dann könnten wir ja jetzt auch mal einen Schnitt machen, nachdem wir bei der Neuordnung nach außen eine Gemeinsamkeit festgestellt haben, und sagen: Dann müssen wir nach innen etwas anderes machen. – Aber wenn wir das nicht tun, sondern es einfach weiter so laufen lassen und eigentlich nicht genau wissen, ob das Land irgendetwas dazu beigetragen hat, bestimmte Gelder für Strukturwandel oder für Strukturhaltung einzusetzen und welche aktiven Prozesse da stattgefunden haben oder nicht, dann ist das im Grunde genommen das Versickern von Steuergeldern, ohne dass wir substantiell etwas erreichen. Das können wir eigentlich an der Stelle nicht tun.

Insofern ist das keine akademische Debatte, sondern eine Debatte, die gerade die Voraussetzung dafür ist, in Zukunft den Rückstand im Wirtschaftswachstum aufzuholen, und – Herr Finanzminister, deshalb sind wir auch hier im Haushalts- und Finanzausschuss richtig – damit auch die Frage, wie leistungsfähig wir im Länderfinanzausgleich sind und warum wir im bisherigen System unter 100 sind, einmal kritisch zu betrachten, und zwar nicht in einer Plenardebatte und mit dem Ziel, möglichst maximale Presseaufmerksamkeit für den nächsten Tag zu erreichen, sondern das in einer Extrabefassung mit Ihren Zahlen an dieser Stelle ernsthaft zu erörtern und dabei zu fragen, ob das, was wir in der Vergangenheit – und da war ja nicht nur eine Partei, sondern da waren mehrere beteiligt – gemacht haben, wirklich zielführend für die Zukunft ist. Denn wenn sich die Ministerpräsidentin darauf beruft, dass das in der Sache richtig war, dann habe ich die große Sorge, dass wir in der Zukunft weiter falsch laufen, und dann müssen wir darüber politisch beraten.

Insofern hat das sehr praktische Auswirkungen für die wirtschaftliche Entwicklung, für die Einnahmenentwicklung des Landes, für die Ausgabenentwicklung des Landes und für die Menschen. Wenn das akademisch ist, Herr Kollege Zimkeit, führe ich gerne akademische Debatten.

(Beifall von der CDU)

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Ich wundere mich ein bisschen über die Debatte, weil wir an anderer Stelle in diesem Haus weiter sind. Der Kollege Schmitz wird bestätigen, dass wir ähnliche Debatten auch in der Enquetekommission „Tragfähigkeit öffentlicher Haushalte“ geführt haben. Wir haben das unter anderem im Zusammenhang mit der Herausforderung des demografischen Wandels und mit den Remanenzkosten diskutiert. Es ist in der Tat so, dass wir die Infrastruktur, die Stahl- und Kohle verlangt, in Nordrhein-Westfalen wie in keinem anderen Bundesland aufgebaut haben. Wir haben diese riesige, auf einen Punkt zentrierte Infrastruktur nach wie vor und unterhalten sie, obwohl sie an einigen Stellen nicht mehr dem Bedarf entspricht, wodurch wir einfach mehr Kosten als andere Länder haben. Wir müssen darüber reden, dass über die Jahre ein Infrastrukturstau entstanden ist, und wir müssen die Kosten dafür bewältigen.

Wir haben auch mit Blick auf die Vergangenheit versucht, herauszufinden: Wie wurden denn die Mittel, die wir aus dem Kohlepfennig bekommen haben, eingesetzt? Für welche Maßnahmen? Wir haben auch darüber diskutiert: Was können wir zukünftig machen? Und wo sind die Anreize beispielsweise für Investitionen bei der Bildung? Dieser Tage ist eine Studie herausgegeben worden, wonach das Ruhrgebiet sehr stark von der Infrastruktur profitiert, die von den Hochschulen aufgebaut wurde. Wenn wir uns dann aber einmal anschauen, was wir im Vergleich zu anderen Ländern an Unterstützung vom Bund bekommen, beispielsweise Regionalisierungsmittel, aber auch konkret Mittel für den Hochschulbau, bekommen wir noch nicht einmal die Mittel entsprechend dem Königsteiner Schlüssel, sondern nur 16 %.

Um das zu verstehen, ist in der Tat ein Rückblick in die Vergangenheit sinnvoll. Aber für die Zukunft ist doch ganz klar, dass wir auch mit Blick auf den vorherigen Tagesordnungspunkt die Ungleichbehandlung, die wir hier erleben, benennen müssen. Wenn wir jetzt hier einzelne Maßnahmen aus dem Kohlepfennig betrachten, dann müssen wir auch sehen, dass wir an anderer Stelle weniger bekommen als andere Länder, und weniger, als uns zusteht.

Wenn wir dann die Zahlen betrachten – bei der Bildung und bei den Hochschulen ist es so, dass wir mehr als nach dem Königsteiner Schlüssel ausbilden. Fast ein Drittel aller Absolventinnen und Absolventen kommen aus Nordrhein-Westfalen. Wir bekommen aber bei Weitem nicht die Unterstützung, die angemessen wäre. Das sind alles Punkte, bei denen wir mehr leisten und bei denen wir stärker sind als andere Länder. Und da bitte ich Sie – das gehört auch zur akademischen Redlichkeit; das ist ja dieser Tage in aller Munde – einfach, das nicht zu vergessen. Das muss in eine Gesamtbetrachtung einbezogen werden.

Ich hoffe, Kollege Schmitz, dass wir dann mit dem Abschlussbericht der Enquetekommission, der jetzt gerade in den Fraktionen unterwegs ist, vielleicht ein sinnvolles Signal senden können, das nach vorne gerichtet ist und nicht so sehr nach hinten schaut.

Stefan Zimkeit (SPD): Der Kollege Abel hat es angesprochen; ich will es trotzdem ein Stück weit wiederholen und vertiefen. Jetzt habe ich Sie ja verstanden, Herr Op-tendrenk. Dann ist es wirklich keine akademische, sondern eine politische Debatte,

wenn Sie hier die These aufstellen, wir hätten 140 Milliarden € Schulden gemacht, und davon sei nicht der Strukturwandel finanziert worden.

Die Hochschulen, die gerade angesprochen worden sind, sind das beste Beispiel. Laut der gerade zitierten Studie sind es 50.000 Arbeitsplätze im Ruhrgebiet wegen der Hochschulen und wegen der Landesinvestitionen, die diese Hochschulen möglich gemacht haben. Wer dann die These aufstellt, es habe in Nordrhein-Westfalen Erhaltungsinvestitionen gegeben, die zu dieser Verschuldung geführt hätten, aber keine Zukunftsinvestitionen, der kennt nicht nur das Ruhrgebiet nicht, sondern der kennt das ganze Land nicht.

Vorsitzender Christian Möbius: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Das Wortprotokoll ist zugesichert. Dann sind wir am Ende der Tagesordnung, und ich schließe die Sitzung. Vielen Dank.

gez. Christian Möbius
Vorsitzender

17.06.2015/18.06.2015

17